

25 Jahre Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Niedersachsen Schostok unterstützt die Forderungen der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten

„Es wird Zeit die Stacheln auszufahren!“ Die ehemalige Niedersächsische Frauenministerin Heidrun Merk bestätigte in ihrem Grußwort die Forderungen der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten nach Verbesserungen der gesetzlichen Bedingungen ihrer Arbeit. Anlass war das Jubiläum des 25jährigen Bestehens der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros. Mehr als 100 geladene Frauen feierten im Neuen Rathaus Hannover. Abgeordnete des Niedersächsischen Landestages, Vertreterinnen des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Vertreterinnen von Frauenverbänden, ehemalige und amtierende Gleichstellungsbeauftragte waren der Einladung gefolgt. „Konstruktive Provokation, die die Gesellschaft dringend braucht“, sei die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten, so Sigrid Häfner, erste Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Göttingen und Mitbegründerin der lag, in ihrer Festrede.

Als „Agentinnen des Wandels“ und „Unternehmensberaterinnen“ für die Kommunen sollten Gleichstellungsbeauftragte wahrgenommen werden und die Politik dürfe sich nicht der Verantwortung für die Verwirklichung des Verfassungsauftrages zur Gleichberechtigung entziehen, war das Fazit des Fachvortrages von Friedel Schreyögg, der ehemaligen Gleichstellungsbeauftragten der Stadt München und Ute von Wrangell, der ehemaligen Leiterin der Vernetzungsstelle in Hannover bei der Landeskonzferenz der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Niedersachsen in Hannover.

Oberbürgermeister Schostok unterstützt die Forderung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten nach angemessener Personalausstattung. Angesichts ständig wachsender Aufgaben in den Verwaltungen bräuchten Frauenbüros eine vernünftige Ausstattung mit Personal – und Sachmitteln. Er unterstrich in seiner Begrüßungsrede bei der Landeskonzferenz im Neuen Rathaus in Hannover die Notwendigkeit von Fachpersonal in den Frauenbüros. Die Mitarbeiterinnen wirkten im Rahmen ihrer Querschnittsaufgabe in die gesamte Verwaltung und hätten als Expertinnen die Aufgabe Fachbereiche und Ämter in ihrem Vorgehen zu unterstützen und zu beraten. Er wisse um die Brisanz dieser Forderung, ließe sich aber in seinem Bemühen in der Sache zu werben, nicht abbringen.

Im Anschluss diskutierten die Gleichstellungsbeauftragten die möglichen Änderungen der Niedersächsischen Kommunalverfassung. Ein einstimmiger Beschluss der Versammlung, gibt dem Vorstand nun den Auftrag mit dem Ministerpräsidenten Stephan Weil den direkten Kontakt zu suchen. Die Gleichstellungsbeauftragten werden seit Monaten nur spärlich mit Informationen versorgt und beauftragten den Vorstand deshalb, nun den Ministerpräsidenten um Unterstützung zu bitten.